Inhalt

Einleitung	9
I. Die Behördenstruktur der gesetzlichen Rentenversicherung	43
1. Die Hauptabteilung II des Reichsarbeitsministeriums . . .	43
2. Die Landesversicherungsanstalten als Träger der Arbeiterrentenversicherung	57
3. In Bewegung; die Akteure in der Rentenversicherungspolitik	68
II. Die Sanierung der Invalidenversicherung, 1932-1934	71
1. Die Absenkung des Leistungsprofils der Träger	71
2. Die Programmentwicklung zum Sanierungsgesetz	78
Der »interne« Entscheidungsprozess 83 – Der Beginn des inter- ministeriellen Austauschs 85 – Die Reaktionen der Träger 91 – Der erleichterte Rentenentzug 92 – Die Rolle der Ärzteschaft 98 – Die Ausweitung statistischer Daten 101	
3. Gelungene Einflussnahmen	104
III. Die Neuorganisation der Rentenversicherungsträger, 1933-1935	107
1. Strukturelle Veränderungen	107
Die Bestellung von Karl Fees als Kommissar für die Landesversiche- rungsanstalt Baden 107 – Die Inkorporation gesundheitspoliti- scher Verbände durch die Landesversicherungsanstalt Baden 116 – Die Zentralisierung des ärztlichen Gutachterwesens 118 – Weitere Planungen 120	
2. Das Aufbaugesetz vom 5. Juli 1934	123
3. Gesundheitspolitische Maßnahmen	127
4. Die Rolle der Deutschen Arbeitsfront	136
5. Rechtliche und organisatorische Folgen der Umstrukturierung	146

IV. Die Forcierung des Arbeitseinsatzes und Einschränkungen der Versichertenrechte, 1936-1941	149
1. Der Vertrauensärztliche Dienst	149
2. Aus der Praxis der Rechtsprechung	153
3. Die vermehrte Überprüfung der Träger	161
4. Die »staatsfeindliche Betätigung« von Rentnern	166
5. Anpassung und Indienstnahme	176
V. Die verstärkte Mobilisierung im Kriege, 1941-1945	178
1. Das »Kriegsgesetz« und die weitere Forcierung des Arbeitseinsatzes	178
Die Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums 179 – Einwände des Militärs 185 – Die Wirkung des §21 189 – Die andauernde Kritik der Träger 196	
2. Die Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern	204
3. Die verschärfte Begutachtung durch den Vertrauensärztlichen Dienst	210
4. Das letzte Mittel: die Vereinfachung des Rentenversicherungsrechts	218
5. Konsequenzen aus der Arbeitskräftepolitik und dem Kriegsverlauf	227
VI. Das Reichsarbeitsministerium in Europa, 1933-1945	230
1. Internationale Kongresse der Sozialversicherung: die Propagierung des »deutschen Modells«.	230
Budapest 1935 231 – Dresden 1936 235 – Wien 1938 237	
2. Die Durchführung der Rentenversicherung im Protektorat Böhmen und Mähren	239
Die Verwaltungsorganisation 241 – Die Personalpolitik 246 – Vereinheitlichung und Konkretisierung: die praktische Umset- zung 251 – Die Instrumentalisierung der Kranken- und der Inva- lidenversicherung für den Arbeitseinsatz 256	

3.	Missglückte Rückkehr: die deutsche Rentenversicherungspolitik im Elsass	280
	Die Einflussnahme durch das Reichsarbeitsministerium 283 – Über Systemwechsel hinweg: die Landesversicherungsanstalt Elsass- Lothringen 285 – Die Invaliden- und Altersversicherung 289 – Die Tuberkulosebekämpfung 296	
4.	Brüche und Kontinuitäten	304
VII.	Die Diskriminierung der Juden, 1933-1945.	307
1.	Berufsbedingte Entlassungen aus den Sozialversicherungsbehörden	313
2.	Maßnahmen gegen jüdische Versicherte	331
	Die Deportation der badischen Juden am 22. Oktober 1940 337 – Die Bedeutung der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz für die Rentenentziehungen 344 – Die problematische Verwaltungs- praxis der Träger 354 – Konkretisierung durch Rundschreiben, nicht durch Gesetze 362 – Die letzten Maßnahmen: die Diskrimi- nierung der Juden im Deutschen Reich 368 – Die Situation jüdi- scher Rentner im Elsass, im Generalgouvernement und im Protek- torat Böhmen und Mähren 371	
3.	Antisemitische Rentenversicherungspraxis im Deutschen Reich und im besetzten Ausland	383
VIII.	Schluss.	387
	Dank.	403
	Bildnachweise.	405
	Tabellenverzeichnis.	405
	Abkürzungsverzeichnis	406
	Quellen- und Literaturverzeichnis	407